



► Nr. VO/2014/02060  
öffentlich

Lübeck, 20.10.2014

## Vorlage

Verantwortliche Bereiche:  
4.401 - Schule und Sport

Bearbeitung: Janina Rettner (E-Mail: janina.rettner@luebeck.de Telefon: 122-4072)

## Annahme einer Spende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck in Höhe von 200.000 €

### Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
29.10.2014	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
20.11.2014	Schul- und Sportausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
25.11.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
27.11.2014	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

### **Beschlussvorschlag:**

Die Spende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck in Höhe von 200.000 € zur Unterstützung des Lübecker Bildungsfonds wird gem. § 76 Abs. 4 GO angenommen,.

### **Verfahren:**

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:  
Ergebnis:

Haushalt und Steuerung  
zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen  
gem. § 47 f GO ist erfolgt:  
Begründung:

Ja  
 Nein  
Die Spendenannahme an sich löst keine  
Beteiligungsnotwendigkeiten aus.

Die Maßnahme ist:

neu  
 freiwillig  
 vorgeschrieben durch: § 76 Abs. 4 GO

Finanzielle Auswirkungen:

Nein  
 Ja (Anlage 1)

### **Begründung:**

Der Lübecker Bildungsfonds existiert seit 2009 und wird zu einem sehr großen Teil aus Mitteln der Lübecker Stiftungen gespeist. Der Verbund der Lübecker Stiftungen hat für die Zeit ab 2014 neben den staatlichen Quellen des Bildungs- und Teilhabepakets eine finanzielle Beteiligung in erheblicher Höhe in Aussicht gestellt. Hierzu trägt in diesem Jahr die Gemeinnützige Sparkassenstiftung zu Lübeck mit einem Betrag von 200.000 € bei. Dies hat sie der Hansestadt Lübeck mit Schreiben vom 11.09.2014 mitgeteilt.

Mit der Spende über 200.000 € erreicht die Spendensumme der Gemeinnützigen

Sparkassenstiftung zu Lübeck im Jahr 2014 einen Gesamtwert von 648.239,77 €. Im Zuge des Mehrfachspendenverfahrens ist die Bürgerschaft nach der am 21.03.2013 von ihr beschlossenen Delegationsregelung für die Annahme dieser Einzelspende über 200.000 € zuständig.

**Anlagen:**

keine

Senator/in Annette Borns